

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Februarhälfte 1200.— Mr. Einzelverkauf 100 Mr. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigenabgabe beträgt für die abgewaltschten Zeitzeile oder deren Raum 250.— Mark, auswärtige 300.— Mark für Versammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mr. für Reklamen 1000.— Mr. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Zünderer Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 44.

Mittwoch, 21. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Das Durcheinander an der Ruhr.

Frankreich fördert das Verbrecherum. — Die militarisierten Eisenbahnen.

(Von unserem R. W.-Korrespondenten.)

Dortmund, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

Jeder weitere Tag der Ruhrbesetzung sieht Frankreich und Belgien immer mehr ins Unrecht, und im Verhältnis zu diesem größeren werdenden Unrecht wächst nicht nur die deutsche Abwehrneigung, sondern auch der Unmut gegen Frankreich und seine Methoden im neutralen Ausland. Raum ein englischer oder amerikanischer Journalist im Ruhrgebiet deutet die Gewaltmethode der französisch-belgischen Besatzung, und als wir heute mit dem schwedischen Reichstagsabgeordneten Genossen Ingberg, der sich in Begleitung eines Vertreters der Gewerkschaften, Genossen Baßl und, hier aufhält, über die Lage und die Taktik der Eindringlinge sprachen, kam eine starke Entrüstung zum Ausdruck, die schwer in Worte zu kleiden ist. Ingberg, der zum Absatzrauschluss des Völkerbundes als Vertreter der schwedischen Regierung angehört, erklärte weiter, daß es ein Fiasko für die deutsche Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung überhaupt gewesen wäre, wenn Deutschlands Arbeiter gegen den Einbruch nicht den Kampf durch passive Resistenz aufgenommen hätten.

Aber was hören alle Entrüstungstruhe der Welt Herr Poincaré? Für den Verlust seiner Sympathien im Auslande hat er teilweise Erfolg gefunden. Das Verbrecherum in Essen steht auf seiner Seite, seitdem seine Beauftragten die größte Stadt des Industriegebietes von Polizei entblößt haben und Räuber und Diebe ihr Handwerk ohne Schwierigkeit ausüben können. Es ist, wie mir ähnlich versichert wird, statistisch nachgewiesen, daß die Verbände gegen das Gesetz seit der Dienstenthaltung der Polizei im Verhältnis zu den letzten Monaten stark zunommen haben. Gegen pflichttreue deutsche Staatsbürger — nicht gegen die Verbrecher — werden indessen die Gewaltakte fortgesetzt. Eine Verhaftung jagt die andere, und nachdem man bisher im neubesetzten Gebiete ausnahmslos alle höheren Beamten den Aufenthalt versagt hat, wird jetzt die Pflichttreue der mittleren Beamenschaft zu Reich und Staat ebenfalls mit der Ausweisung bezüglich Verhaftung beantwortet. Selbst an der Grenze des unbesetzten Gebietes sind die Ausgeniesenen ihrer Haut nicht sicher. Der schon seit mehreren Tagen ausgewiesene Amtmann von Datteln hielt sich z. B. jenseits der Lippe auf. Heute vormittag überschritt eine belgische Reiterpatrouille den Fluss und verschleppte den Amtmann ins besetzte Gebiet. Systematisch wird auch die Entfernung deutscher Eisenbahner aus den Dienstwohnungen und deren Übergabe an die französischen und belgischen Eisenbahner in Gesamtstärke von 10 000 Mann weiter betrieben. Die Gewaltmaßnahmen sind von neuen Drohungen begleitet. Heute warnt Herr Degoutte durch Anschlag die Bevölkerung vor Sabotage und droht die Verhaftung jener Gemeindebeamten an, in deren Verwaltungsbezirk Sabotage gelüftet wird. Gleichzeitig soll die betreffende Gemeinde mit einer großen Geldbuße bestraft werden, die man gegebenenfalls durch Fortsetzung der Strafensäubererei eintreiben will. Die Bevölkerung tut gut, sich entsprechend vorzubereiten. Wenn es überall so geht, wie in Gelsenkirchen, wird man jedenfalls von den Entreibungen nicht viel haben. Seit vier Tagen sind die Franzosen hier glücklich dabei, 100 Millionen mit Gewalt zu lässen. Am Dienstag nachmittag war der Beitrag laut Mitteilung des französischen Rechnungsamtes in Düsseldorf noch nicht vollständig geräumt. Die Truppe erhielt infolgedessen Anweisung, in der Stadt weiter zu verbleiben. Bringt sie auch den fünften Tag noch in Recklinghausen, dann werden die 100 Millionen gerade dazu reichen, den Aufwand an Kost und Löhnnung für das starke Truppenangebot zu begleichen. Und dafür versichert sich Frankreich im Auslande eine Sympathie nach der andern, dafür werden französische Rekrutisten zur Übung eingezogen?

Durch die Haltung der Bevölkerung muß schließlich jede Maßnahme der Besatzung trock Ausweichungen und Verfälschungen fehlgeschlagen. Am Dienstag sollten die Zollmaßnahmen in Kraft treten. Es scheint, daß der „Hohen“ Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz zwischen eingeschlossen ist, daß das nicht so einfach ist, wie die Ausarbeitung einer Verordnung. Man hat vorläufig nämlich noch nicht einmal den Versuch gemacht, die entsprechende Verordnung durchzuführen. Das einzige Vorliege, was Poincarés Beauftragte während ihrer Anwesenheit im Ruhrgebiet für sich überhaupt erreicht haben, ist das Lähmlegen großer Eisenbahnlinien mit der Absicht, sie zu militarisieren und betriebsfähig zu machen. Wie diese Betriebsfähigkeit ausseht, beweisen die zahlreichen Unglücksfälle. Aber auch an dieser Betriebsfähigkeit sollen die Franzosen und Belgier nicht mehr lange Freude haben. Die Eisenbahner werden ihnen bald zeigen, daß militarisierte Eisenbahnen im gewissen Sinne auch ohne Soldaten, entmilitarisiert werden können. Das gilt für alle von den Franzosen und Belgier bedienten Linien, einschließlich der von den Engländern in Aussicht gestellten.

Bei aller Opferfreudigkeit unserer Arbeiterschaft bleibt das Verhalten der linksrheinisch erscheinenden bürgerlichen Blätter ein Skandal. Diese Zeitungen bringen infolge der Drohungen der Kreisdelegierten nicht mehr den Mut auf, Vorlommisse im Ruhrgebiet ungeschminkt wiederzugeben, ganz abgesehen von einer entschiedenen Stellungnahme gegen die Gewalt, die das deutsche Volk von ihnen erwarten könnte. Vielmehr benutzen sie die Mitteilungen der Kreisdelegierten, die in französischem und belgischem Sinne gehalten sind und von der Wahrheit stark abweichen. Das ist um so gefährlicher, als die grauen deutschen Blätter im

linksrheinisch-besetzten Gebiet mit wenig geringen Ausnahmen auf lange Zeit verboten sind. Infolgedessen empfiehlt sich zunächst die Herausgabe eines Nachrichtenblattes aus Staatsmitteln. Der preußischen Regierung ist zu empfehlen, diesen Vorschlag bald zu erwägen.

SPD. Aus dem Ruhrgebiet, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die Verkehrslage hat bemerkenswerte Änderungen im Laufe des Tages nicht erfahren.

In Bochum fuhren den ganzen Tag über französische Tankautomobile durch die Stadt. Nachmittags um 4 Uhr wurde das Post- und Telegraphenamt unter starkem militärischem Aufgebot besetzt. Das Personal wurde gewaltsam aus den Räumen vertrieben. Der Telegraphendirektor ist verhaftet worden, weil er sich weigerte, Anschläge für die Franzosen herzustellen.

In Gelsenkirchen haben sich erwähnenswerte Zwischenfälle nicht ereignet. Die Truppe hält das Stadtkern weiter besetzt. Die Tanks sind nach Recklinghausen zurückgekehrt.

Ein Redakteur des Amsterdamer „Handelsbladet“, der sich im Ruhrgebiet aufhielt, in der Hoffnung, um Filmaufnahmen zu machen, soll heute nachmittag von Franzosen verhaftet und nach Düsseldorf gebracht worden sein.

In Brambauer sind von den Franzosen die von der amerikanischen Quäkergeellschaft zur Herstellung des Essens für arme Kinder benutzte Kessel sämtlich von den Franzosen mitgenommen worden. Der Hinweis, daß es sich hier um eine Wohlthatigkeit der amerikanischen Quäker handle, brachte die Franzosen von ihrem Unsunnen nicht ab.

SPD. Dortmund, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

Auch im Handelskammerbezirk Dortmund soll jetzt der Boykott gegen die Franzosen durchgeführt werden. Ab Donnerstag werden an die Franzosen und Belgier weder Lebensmittel noch Getränke oder dergleichen verabreicht. Der Boykott-Beschluß ist von den Interessentenverbänden und allen Gewerkschaften gesetzt worden.

Auf den gestern von den Franzosen erneut besetzten Bahnhöfen wurde das deutsche Personal weggeschickt. Nach Mitteilungen, die bei der Eisenbahndirektion in Elberfeld vorliegen, soll im Laufe des Tages auch Bochum-Hauptbahnhof besetzt werden. Im allgemeinen hat sich die Verkehrslage nicht geändert. Über Lünen-Nord können ab heute drei planmäßige Güterzüge gefahren werden.

Nach zuverlässigen Mitteilungen sollen der Oberbürgermeister von Oberhausen, Hagen, und der Essener Bürgermeister Schäfer zur Verhüllung ihrer Strafe in den allernächsten Tagen nach Saarbrücken abtransportiert werden. Die Frau des Bürgermeisters Schäfer, die mehrfach versucht, ihren Mann zu sprechen, wurde immer mit dem Bemerkern abgewiesen, daß ihr Mann in diesen Tagen abtransportiert würde und ihr vor diesem Abtransport noch Gelegenheit gegeben werden solle, ihren Mann zu sprechen.

Essen, 21. Februar.

In Buer ereignete sich gestern ein Zwischenfall. Ein französischer Offizier, der einen Schmied mit der Keilpeitsche geschlagen hatte, wurde von diesem durch Hammerschläge getötet. Der Schmied schwang sich dann auf ein Pferd, das er gerade beschlagen wollte und entfloh. Bisher konnte er von den Besatzungstruppen noch nicht ergreifen werden. Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich in Westerholt. Ein betrunkener Franzose, der von einem Zivilisten ins Quartier gebracht werden sollte, wurde erschossen.

Sicherung der Arbeiterlöhne.

SPD. Dortmund, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen Bezirken des besetzten Gebietes ist in den letzten Tagen von der Arbeiterschaft wiederholt die Forderung ausgestellt worden, daß die Arbeitgeber auch bei verminderter Produktion u. a. die Löhne und Gehälter zahlen. In Anbetracht dessen verweist unser Sonderkorrespondent darauf, daß zwischen der Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften, auch den freien, bereits eine Vereinbarung getroffen wurde, die sich seit dem 12. Februar in Kraft befindet und nach der Entlassungen von Arbeitnehmern soweit als möglich vermieden werden, ferner die Lohnzahlungen vom Arbeitgeber getragen werden müssen, solange er dazu imstande ist und ohne daß der wirtschaftliche Fortbestand seines Betriebes gefährdet wird. Wo der Arbeitgeber nicht mehr in der Lage ist, die Löhne fortzuzahlen, gleichzeitig das aus den Mitteln der Rheinland-Ruhthilfe. Diejenigen Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit unmittelbar durch Einfüsse der Besatzung oder durch die Zurückweisung unberechtigter Zumutungen veranlaßt wird, erhalten ihren vollen Lohn. Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit nur mittelbar durch die Besatzung veranlaßt ist (Rohstoffindustrie, Kohlen- und Absatzmangel oder Verkehrsstörungen) erhalten zwei Drittel ihres Lohnes.

Abwehrkampf von langer Dauer.

SPD. Ruhrrevier, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

Um Dienstag ist der preußische Handelsminister, Genosse Siering, aus dem Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Sein Aufenthalt im Einbruchsgebiet galt ausführlichen Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsräte, der Arbeitgeberorganisationen, der Handelskammern usw. über die wichtigen Fragen, wie allen französisch-belgischen Eingriffen zum Trotz Verkehr und Industrie, Handel und Gewerbe auch fernerhin aufrechterhalten werden können. Ausgiebig erörtert wurden die Fragen der Lebensmittelversorgung und -Verteilung, der Preisgestaltung und der Lohn- und Gehaltszahlung. Mit dem Minister waren sich die Vertreter der einheimischen Bevölkerung darüber klar, daß man sich, so wie die Dinge heute liegen, auf einen Abwehrkampf von langer Dauer einstellen müsse.

Englische Parlamentarier im Ruhrgebiet.

II. Essen, 20. Februar.

Mitglieder der englischer Arbeiter-Partei sind in Essen eingetroffen und haben gestern eine Unterredung mit den Arbeitgebern gehabt. Sie sind dann nach den Zeichen hinausgefahren, wo sie die Arbeit über und unter Tage besichtigen. Dann begaben sie sich nach Bochum, wo sie eine längere Besprechung mit den Vorsitzenden der Bergarbeiter-Vereine hatten. Sie kehrten später nach Essen zurück, wo lange Konferenzen mit den Metallarbeitern stattfanden. Heute werden die Unterredungen mit verschiedenen Gruppen der Arbeiter fortgezogen.

Poincaré vor dem Kammerausschuß.

II. Paris, 20. Februar.

Über die Aufraktion erklärte Poincaré vor dem Kammerausschuß unter anderem: Außerhalb der Belebung bleiben nur 500 Quadratkilometer mit 8 Millionen Tonnen Produktion übrig. Von 14 500 Hektaren sind 14 200 im besetzten Gebiet einbezogen. Von einer Bevölkerung von 3 500 000 befinden sich 3 000 000 in dem durch die Zollarie umbeschriebenen Belebungsgebiet. Von 500 000 Bergarbeitern sind nur 50 000 außerhalb des besetzten Gebietes beschäftigt. Mit einem Wort neun Zehntel der Ruhrproduktion werden von Frankreich und Belgien kontrolliert. Beide der militärischen Organisationen rühmt Poincaré die Tätigkeit des Generals Deparcie, der ein Organisator von hohen Fähigkeiten sei. Neben ihm sei eine Abordnung von ungefähr 50 französischen, belgischen und italienischen Ingenieuren tätig, an deren Seite noch englische Ingenieure treten dürfen. (?) Diese Abordnung steht unter der Leitung des Kommissars Coët. Sie selbst ist nicht imstande, das Ruhrgebiet industriell auszubauen. Das wäre unmöglich. Sie kann es nur kontrollieren. Der deutsche Widerstand, so fuhr Poincaré fort, hat sich in den letzten Tagen verstärkt und hat sich durch Akte der Sabotage offenbart, die auf französischer Seite berechtigte Strafmaßnahmen hervorgerufen haben. So sind 283 höhere Beamte des Rheinlandes und 50 Beamte des Ruhrgebietes trotz der Einspruchserklärungen der deutschen Regierung ausgewiesen worden. Andere wurden durch Kriegsgerichte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Poincaré führte weiterhin aus, daß die Herrschaft über das Eisenbahnen im Ruhrgebiet zugleich den Schlüssel für die Reichtümer der Industriegegend darstellt, und er nannte Ziffern, die die ganze Bedeutung dieser großen außerordentlichen Organisation veranschaulichen. Vor der französischen Besetzung verfügten in dem ganzen Gebiet 580 Personen- und 620 Güterzüge mit einem Eisenbahnpersonal von mehr als 100 000 Angestellten. Die Bevölkerung verfügt nur über 9600 Angestellte, die aber, wie es scheint, dazu ausreichen, den stark verkleinerten Betrieb sicherzustellen. Notwendig wären die französischen Eisenbahngesellschaften in der Lage, das ganze notwendige Personal zu stellen. Man versteht leicht, daß der Zustand, die Sabotage und die Schwierigkeiten den normalen Betrieb nicht bald wieder aufnehmen lassen. Bisher seien mehr als 1000 Kohlenwagen in Frankreich eingelaufen. Über die Besetzung der englischen Zone gab Poincaré vertrauliche Mitteilung bekannt.

Ausgabe einer werbeströmigen Reichsanleihe?

Berlin, 21. Februar.

Der Telegraphen-Union wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

In den Besprechungen des Reichsfinanzministers mit Vertretern einiger Parlamentarier und auswärtiger Banken und Bankiers ist ein Einverständnis über die Art der Mitwirkung der deutschen Bankwelt bei der Begebung von 200 Millionen Goldmark-Schuldenweisungen erzielt worden. Es soll ein Konsortium gebildet werden, das 50 Millionen Dollar in dreijährigen Schuldenweisungen, die von der Reichsbank garantiert werden, zur öffentlichen Zeichnung gegen Bezahlung in Devisen oder ausländischen Noten auslegt. Das Konsortium soll die Anleihe zur Hälfte an die Hälfte in Kommission übernehmen. Die Schuldenweisungen lauten auf den Zahler. Es werden vorzugsweise Städte bis zu einem Dollar herunter herausgegeben werden. Die Städte sollen auf der Darlehnsbasis beleibbar sein. Hierdurch erhält das Publikum Gelegenheit zu einer Devisenlage, die jederzeit zu guten Zinsen gelebt werden kann, während auf der anderen Seite die Mittel der Reichsbank zur Bezeichnung der Devisentur auf lange Zeit hinaus gesichert werden. Über die weiteren Einzelheiten sind noch Besprechungen bestellt.

Dollar 22 000.

Zuspruch und Warnung aus England.

SPD. Berlin, 20. Februar.

Die Berichte über die Debatten des englischen Unterhauses vom 18. und 19. Februar enthalten zwei Neuerungen, die für uns in Deutschland von besonderem Interesse sind. Zunächst war es der Premierminister Bonar Law, der in so unmöglich verständlicher Weise wie nur möglich erklärte, Frankreich gegen Deutschland mit Sanktionen, das heißt mit Gewalt vor, um unmögliche Bedingungen durchzusetzen. Deutschland wehrte sich dagegen auf Verzweiflung, weil es erfahrt habe, daß man von ihm Unmögliches verlange. Die zweite Neuerung, die nicht von minderem Interesse ist, stammt von dem früheren englischen Premierminister Lord George und sie geht dahin, daß England zwar den Kuhreinmarsch der Franzosen aus schärfste missbillige, doch aber trotzdem Deutschland wieder die ganze Welt gegen sich haben würde, wenn es zu bewaffnetem Widerstand überginge.

Die Neuerung Borer Law's bedeutet die stärkste moralische Unterstützung, die der Politik des passiven Widerstandes überhaupt zuteil werden konnte. Die Meinung, daß es im gegenwärtigen Augenblick für Deutschland möglich sei, in Verhandlungen mit Frankreich zu einem ehrlichen Resultat zu gelangen, wird offenbar vom gegenwärtigen englischen Premierminister nicht geteilt. Somit hätte er ganz anders sprechen müssen, als er gesprochen hat. Er sollte dann Deutschland den Rat geben müssen, sich dem französischen Willen zu unterwerfen und er hätte diesen Rat mit dem Trost verbinden müssen, daß Frankreich von Deutschland keineswegs Unrechtmäßiges und Unmögliches verlangen werde. Borer Law hat aber das Gegenteil davon getan. Er hat erklärt, daß Frankreich von Deutschland Unmögliches verlangt und daß Deutschland daher zu einem verzweifelten Abwehrkampf gezwungen sei.

Sadlich vertritt Borsig einen ähnlichen Standpunkt wie er seit Beginn der Kapitulation von dem größten Teil des sozialdemokratischen Preußens Deutschlands eingenommen und festgehalten worden ist. Gewiß ist es denkbar, daß ein Augenblick kommt, in dem Deutschland nichts anderes übrig bleibt als zu kapitulieren. Eine solche Kapitulation würde aber für das ganze deutsche Volk und besonders auch für die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland das größte Unglück bedeuten, ein noch größeres Unglück, als das Taktat von Versailles einst gewesen ist. Denn wenn sich Deutschland in seiner Besitzweisforschung schließlich dazu verhündet, bei französischer Regierung die Erfüllung unerfüllbarer Bedingungen zuzugeben, so wäre damit durchaus kein Ruhezustand, ja nicht einmal eine Atempause erreicht, sondern die französische Riegerung hätte dann alle Hände haben in der Hardt, um ihre Gewaltstellung gegen Deutschland fortzufesten. Das Experiment ließ also auf eine Zertrümmerung Deutschlands hinaus.

hat somit die Politik des politischen Widerstandes von England bei einer bedeutsamen moralischen Erfüllung erfahren, so sind zugleich von Doviver auch die Grenzen gezeigt worden, die ohne Gefahr für den Frieden und die Freiheit der anderen Völker überschritten werden können.

die Notlage der Geistlichen aufmerksam. — Minister Döser bestet, die Fragen, welches Ministerium für die einheitliche Zusammensetzung der Wohlfahrtseinrichtungen zuständig sein soll, nach zu verschlieben. Das Ministerium des Innern werde mitwirken, wo Doppelarbeit vorhanden sei und er werde sich nicht dagegen wehren, wenn ein Zweig seiner Verwaltung einem anderen Ressort übertragen werden sollte. —

Die Entfernung und der Antrag der Sozialdemokraten, die Cämenicus-Bücherei 5 Millionen zu bewilligen, werden angenommen.

Der Präsident des Gesundheitsamtes Bumm gibt einen Bericht über die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volkes, der feststellt, daß sich besonders in den Städten die Verhältnisse immer mehr verschlechtert haben. Der Fleischverzehr sei selten geworden, die Wohnungen entrröthen nicht mehr den hygienischen Anforderungen und zudem fehle es an Leibfrüchte. Die Sterblichkeit ist von 1920 auf 1921 von 122,6 auf 13,4 bei 100 gestiegen. Die Selbstmorde und insbesondere die Hautkrankheiten nehmen ständig zu. Auch die Ziffern der Säuglingssterblichkeit schneßen in die Höhe. Die Säuglings- und Kinderheime müssen ihre Räumte schließen. 50 Prozent aller Kinder seien unterernährt; den meisten fehle es an Kleidung und frischer Kleidung, namentlich an Strümpfen und Schuhen. Scharlach und Masern seien zurückgegangen. Tschupukasse, rötliche Fieber, Grippe, Grippe sind die wichtigsten Krankheiten.

Bayrische Regierung und Hebbund.

Ist der Reichspräsident vogelfrei?

Die bayrische Regierung ist zwar am 27. Januar vor den Drohungen Hitlers zurückgeschrekt, aber man durfte zumindest die Hoffnung hegen, daß sie aus den unverschämten Provokationen dieses „Führers“ und seiner Banden die Erkenntnis schöpfen würde, daß es ihrem Ansehen einträglicher sei, diese Gesellschaft zu meiden. Wer so viel Taft von der bayrischen Regierung und ihrem Ministerpräsidenten erwartete, sieht sich heute schwer enttäuscht. Unter den Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten wurden, befand sich auch der Bund „Stahlhelm“. Vor einigen Tagen wurde das Verbot gegen ihn aufgehoben. Bei der ersten Versammlung — „Siegesfeier?“ —, die dieser Bund nach der Aufhebung des Verbots in München veranstaltete, ließ es sich der bayrische Ministerpräsident Herr v. Knilling nicht nehmen, in höchsteigener Person und in Begleitung seines Finanzministers zu erscheinen. Ja, noch mehr! Wie seinerzeit in der großen Kundgebung, in der Hitler und Ludendorff redeten, so nahm auch hier der Ministerpräsident das Wort zu einer Ansprache. Herr v. Knilling redete von der Einheitsfront zur Abwehr des französisch-belgischen Einfalls ins Ruhrgebiet, ohne daran zu denken, daß der Kampf der Leute um Hitler, zu denen auch die Stahlhelm-Gesellen gehören, in erster Linie den „Novemberverbrechern“ gilt. Herr Knilling erbat Vertrauen für die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere für Herrn Cuno. Es gelte heute mehr als je, warmes Herz und füllten Kopf zu bewahren. „Noch müssen wir so manches Bittere hinunter schlucken und die Zähne zusammenbeißen. Nicht immer alles herausreden, was wir im Innersten empfinden, aber immer daran denken.“ Herr Knilling hat zu diesen geheimnisvollen Worten keinen Kommentar gegeben. Man weiß also nicht, was er, wohl aber was die „Stahlhelm-Leute“ im Innersten empfinden. Soll man aus der Tatsache, daß der Ministerpräsident vor den Stahlhelm-Leuten von dem redete, was „wir“ empfinden, den Schluß ziehen, daß er im Fühlen und Wollen mit diesen Rebellen einig ist?

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Bekennnis des Herrn v. Knilling zum deutschen Vaterlande ohne jeden Wert. Der bayrische Ministerpräsident sollte daran denken, welch ungeheuren Schaden seine Regierung durch das Zurückschieben vor den Hitler-Leuten verursacht hat, welch große Erbitterung es unter den im Kampfe gegen die fremden „Großerer“ stehenden Ruhrleuten hervorrief. Der neueste Seitensprung des führenden bayrischen Staatsmannes wird weder die Einheitsfront noch den Abwehrwillen der Ruhrbevölkerung stärken. Was sagt übrigens Herr Cuno dazu, daß der Führer des zweitgrößten Landes bei Geheimbündlern um Vertragen für ihn wirkt?

Während der bayerische Ministerpräsident die bayerischen Rebellen erfordert, der Reichsregierung zu vertrauen, setzt die bayerische Radaupresse in der unstilligsten Weise den Kampf gegen die Reichsregierung fort. Am 16. Februar brachte der „Miesba her Anzeiger“ anlässlich der Reise des Reichspräsidenten nach Süddeutschland einen Artikel unter der Überschrift „Genosse Ebert“, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Bene loquasti pater Schäffli! — oder ins Berliner Deutsch
übersetzt: Du hast jut gebrüllt, Frize!

Vergiß nicht, Genosse Ebert, daß Du und Deine Mitarbeiter vorbereitet und geschaffen haben, was Deutschland heute erlebt. Du und Deine Freunde habt im Grunde genommen kein Recht zur Klage, Ihr habt, wenn nicht gewollt, gefördert, was heute ist.

heute ist.
Ich will Deiner langsam forschreitenden Erkenntnis zu Hilfe kommen und Dich sehend machen. Vielleicht findest Du, wenn das deutsche Elend zum Himmel schreit und Proletarier und Bourgeois Arm in Arm miteinander als Bettler durchs Leben wandeln, vielleicht sage ich, findest Du den Mut, Dich und die Genossen anzusagen, dieses namenlose Elend über Deutschland herausgeschworen zu haben.

Wir erwarten nicht, daß die bayerische Regierung das Gesetz zum Schutz der Republik anwendet, um gegen die Schmiersinker vom „Miesbacher Anzeiger“ vorzugehen. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie nicht nur im Interesse des Anschlusses der deutschen Republik und des vom deutschen Volke gewählten Staatsoberhauptes, sondern vor allen Dingen im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes um das Ruhrgebiet seinerseits Maßnahmen trifft, um dem bayerischen Pressegesichter endlich einmal das Handwerk zu legen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es auf die Dauer nicht ertragen, daß der aus ihr hervorgegangene Reichspräsident in dieser Weise heruntergerissen wird, ohne daß auch nur einer der Gesetzesparagraphen angewendet wird, der es ermöglicht, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Kommunistische Vorfälle im Preußischen Landtag.

Bei der Beratung des Justizetats kam es am Dienstag im preußischen Landtag zu unerhörten Lärmijzenen, die zahllosen Auswüchsen ausarteten. Die Kommunisten hatten eine Verlängerung der Redezeit beantragt, was vom Hause abgelehnt wurde. Der erste Gatedredner, Grosser Heilmann erklärte, daß auch ihm eine längere Redezeit angenehm wäre, daß aber die wahlliche Notwendigkeit zur Einschränkung der Redezeit auf eine halbe Stunde in der letzten Sitzung des Landtages angenommen wurde ohne daß die Kommunisten Widerpruch erhoben. Zu dieser Feststellung antworteten die Kommunisten mit einem türkischen Lärm. Einige sprangen auf die Treppe und riefen, zu unserm Redner zu gelangen der von seinen Genossen gedeckt wurde. In dem Handgemenge das sich nun entwickelte, wurde der Kommunist Hoffmann die Treppe hinuntergeschoben. Die Folge dieses Vorfalls sind rechtsrechte Faustkämpfe, die auch dann noch fortdauerten, als der unbeholfene Vizepräsident Dr. Porath seinen Platz verließ und somit die Sitzung unterbrach. Unseren Genossen gelang es, die unverantwortlichen der Kommunisten von der Treppe zu entfernen. Ganz langsam und zogen sich die Kommunisten zurück. Erst nach einer halbstündigen Pause konnte das Hause seine Beratungen fortsetzen.

Gelehrte Grammatik der Wücherer

Im Haftungsanspruch des Reichstags drehte sich bei der Beurteilung des Rechteses die Ausrede besonders um die Bedeutung derjenigen unfaulteren Elemente, die die allgemeine Rechte wütend durch übermäßige Preissteigerungen und Warenzurückhaltungen auszubauen scheinen. Bis jetzt besteht in letzterer Recht eine Föde: die öffentliche Brandmarke zeigt, dass der Käufer auf die Schächer ist noch nicht in allen Fällen zwingend verpflichtet. Dafür soll neben der im Gesetz vorgeschriebenen Strafe stets die öffentliche Verantwortung der Betriebsleiter durch eine Tageszeitung sowie den öffentlichen Ankläger auf Kosten des Erschuldigen angesetzt werden. Sicherlich wurde befürchtet, dass für den Fall, dass der Betriebsleiter innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz verlegt habe, auch dort die öffentliche Verantwortung und der öffentliche Ankläger auf keine Recht ergründen ist. Bei vorjährlicher Gewinnerzielung drohen gegen die Betriebsleiter Strafverhafungen, Gefängnis, verhältnismässig lebenswichtige Gewaltmaßnahmen mit Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr aber auf Geldstrafe von 100 000 Mark oder mehr erlassen. Auf Beschluss des Hauses soll die Reichsregierung ermächtigt

deren, mit Zustimmung des Reichsrats die geltenden Bestrafungen für Beleidigung der Preisträgerin, des Schleißwinkels, der verbotenen Kreuz und Chinesin u. a. in neuen Verordnungen zu bestimmen. Hierzu wurde ein Antrag, wodurch der bestreite, daß es unzulässig, lebenswichtige Gefahrhölde ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsdeputat auszuführen mit Zustimmung des Reichsrates zu bestehen. Bei willkürlichen Umständen mit Gefahrenholde nicht unter einem Monat bestraft wird. Aber der Schleißwinkel soll auch auf Geldstrafe von mindestens 50 000 Kurf erlassen werden. Wer sich des Schleißwinkels, der vor

Wiederholung großer Verbrechen aber verbreiteten Missworts kündigt mächtige Strafe in bis zu 15 Jahren Gefallen mit Bußgeldes bis zu 15 Jahrtausend und mit Gefangen von mindestens 100 000 SRD bestraft. Vergeletzt wurde die Todesstrafe. Schonenmäßige Gegenstände müssen nicht in Form von Millionen im Betrieb gebräucht werden. Ein Vorsatz der Todesstrafe, des Schließens oder der Verhaftung Säuberung des Goldfels erlaubt. Dazu ist ausreichend Rechtswidrigkeit vorliegt dass für die Entfernung der Goldfelskünste eingesetzten Gefahren Mittelmaßnahmen

Digitized by srujanika@gmail.com

REVIEW:

Moskau, 19. Februar.
Nach Lenin ergreift in der „Iswestija“ Bucharin das Wort und kündigt für den bevorstehenden zwölften Kongress der Kommunistischen Partei die Vorlage eines neuen Programms vor, da die bisherigen Grundsätze der Partei veraltet seien. Bucharin sagt in seinem Artikel wörtlich: „Das Wirtschaftsleben Sowjetrusslands bewegt sich in aufsteigender Linie, doch diese Wieder-geburt vollzieht sich außer durch eine Kräftigung der sozialistischen Formen (?) auch auf dem Wege eines Anwachens der Klein-bürgerlichen und bürgerlich-kapitalistischen Formen. Es ergibt sich die Gefahr, daß wir durch ein noch rascheres Wachsen der privatkapitalistischen Wirtschaftsformen erstickt werden, hervor-gerufen durch eine Spaltung des bisher einheitlichen Bloks der Arbeiter und Bauern. Diese Gefahren sind nicht die des heutigen Tages, doch sie bestehen. Die Festigung des Bloks drängt sich daher auf die Tagesordnung und eine Reihe wirtschaftlicher Fragen des Kongresses müssen von diesem Gesichtspunkte aus be- trachtet werden. Unter Programm ist, was seinem gesamten konkreteten Teil betrifft, natürlich veraltet. Das ganze Gebiet der neuen Wirtschaftspolitik liegt außerhalb eines Gesichtsfeldes. Das Leben hat dieses Programm überflügelt. Das gleiche gilt auch für den beigehörigen Kommentar, „das ABC des Kommunis- mus“. Auch er ist veraltet, weil das Programm veraltet ist. Wir brauchen daher ein offizielles Parteidokument, worüber der kommende Kongress zu entscheiden hat.“

Im Gegensatz zu Wien streiken die belgischen Bergarbeiter beinahe vollständig. Von 37 000 befinden sich 35 000 im Hungerstreik.

Deutschland und Polen.

Seit Herbst 1922 wird an einer Neuordnung der Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen von offizieller Seite planmäßig gearbeitet. Es war eine politische Selbstverständlichkeit, daß hierbei die peinlichsten Probleme, das sind die territorialen, für eine zunächst unabsehbare Zeit zurückgestellt wurden. Ihre reelle Lösung wird wohl erst in einer neuen Kulturepoch möglich werden, wenn die Völker es gelernt haben, auf Gebieten gemeinsamer Siedlung sich politische Einrichtungen zu schaffen, die alle Beteiligten befriedigen. Im übrigen jedoch umfassen die Dresden Verhandlungen so ziemlich alle Fragen, welche bei der Herstellung korrekter nachbarlicher Beziehungen in Betracht kommen.

Und doch sind es wieder nur Punkte formaler Art, juristische, wirtschaftliche, administrative Angelegenheiten, die von den vielfältigen Fachkommissionen in Dresden geregelt werden.

Daneben bleibt noch ein ungeheures Gebiet völlig unbekürt. Es ist das der inneren gegenseitigen Einstellung und der lebendigen Politik. Und da stellt es sich nun heraus, daß neben der Revision der äußeren, administrativen Beziehungen vor allem eine Revision der Vorstellungen nottut. In einem großen Teil der deutschen Presse wird vielfach noch mit Vorstellungen operiert, wie sie der Polenpolitik zurzeit Bißmarch zugrunde lagen. Als Typus des Polen gilt dort noch der „Schachzir“, der in Monaco den Rest seines Vermögens verpielt. Reaktionäre Adelsherrschaft, sinkter Alerikalismus und die sprichwörtlich schlechte Wirtschaft gelten als die bestimmenden Faktoren des staatlichen Lebens. Es wird der Glaube geäußert, daß Polen, ganz ebenso wie Frankreich, nur auf den Augenblick wartet, um Deutschland den Todesstoß zu versetzen. Und es wird schließlich die Lösung ausgegeben: Polen ist ein Saisonstaat, der uns nichts anhaben kann, weil er durch seine administrative Unfähigkeit zu baldigem Zusammensturz verurteilt ist.

Das alles sind längst überholte Klischees. Polen als Ganzes weist heute eine völlig andere Physisognomie auf. Wohl gibt es dort, wie in allen Staaten, eine starke nationalistische Partei, die den Mörder des Präsidenten Narutowicz ebenso glorifiziert, wie die Rathenau-Mörder in gewissen deutschen Kreisen gefeiert wurden. Diese Partei verleiht jedoch dem polnischen Staat nicht mehr ihr Gepräge.

Vor allem ist der durchschnittliche Typus des heutigen Polen ein völlig geändert. Für das polnische Staatsleben ist der Umstand entscheidend geworden, daß nicht nur die tüchtigsten Vertreter der drei früheren Teile mit den in Russland, Österreich und Deutschland gesammelten politischen Erfahrungen und wirtschaftlichen Beziehungen sich zusammengefunden haben, sondern daß auch zahlreiche Ausländer polen nach der wiedererstandenen Heimat zurückgekehrt sind. An die Stelle des Magnaten, der die polnischen Wälder im Ausland verprägt, tritt nun der polnische Techniker, Finanzier, Kaufmann und Arbeiter, der das im Ausland gesammelte Wissen und Vermögen der Heimat zur Verfügung stellt. Besonders die aus Russland Amerika und der Schweiz heimgekehrten Polen bilden einen demokratischen, forschrittslichen Einschlag, der erheblich dazu beigetragen hat, eine neue Atmosphäre in Polen vorzubereiten.

Allerdings gefangen diese Neupolen erst gelegentlich der letzten Sejmwahlen zu ausschlaggebendem Einfluß im Staatsleben. Der Ministerpräsident, General Sikorski, unterstellt vom Staatspräsidenten Wojciechowski, hat ein Programm in der Verbesserung der Republik aufgestellt, das eine Umgestaltung der ganzen Staatsmaschine einleitet. Er hatte den Mut, den Sejmparteien ihre Fehler rücksichtslos vorzuhalten, ja, er wagte es, die Organisation „Rozwoj“, die Hochburg reaktionärer Willkür, aufzulösen. Ohne Verzug wurde dann von der Regierung eine energische Aktion zur Sanierung der polnischen Finanzen eingeleitet. In einer Konferenz aller bisherigen polnischen Finanzminister wurden einschneidende Reformmaßnahmen beschlossen, vor allem die sofortige Reduzierung der Kosten der Staatsverwaltung durch einen mit ausgedehnten Vollmachten ausgestatteten Sparsamkeitskommissar.

Allerdings scheint also darauf hinzumeinen, daß Polen sich nicht dem Zerfall nähert, sondern im Gegenteil die Bahn der inneren

Konsolidierung und der Entwicklung im Sinne eines fortgeschrittenen Rechtsstaates betritt.

Um meinen revisionsbedürftig aber sind die Anschauungen über die auch politischen Absichten Polens. Dies muß mit Nachdruck gesagt werden, weil schlecht informierte oder unvorsichtige deutsche Journalisten und Politiker hier ein Spiel unterstützen, das sich nur gegen die Interessen Deutschlands kehren kann. Es gilt in gewissen Kreisen als Beweis patriotischer Gesinnung, von dem „Säbelschliff“ Polens und seinen Absichten, sei es Deutschland, sei es Russland mit Krieg zu überziehen, zu berichten. So wird die deutsche Offenheit unzählig in eine Aufregung und Abwehrstimmung hineingeheizt, zu der in Wahrheit kein Anlaß vorliegt.

Seit dem Friedensschluß mit Russland verfolgt Polen eine entschlossene Friedenspolitik, deren es für seine wirtschaftliche Entwicklung dringend bedarf, und in der es sich durch feiner Provozationen heilen läßt. Sein inneres Verhältnis zu Deutschland hat sich seit der Entscheidung der österreichischen Frage völlig geändert. Alle polnischen Parteien haben klar eingesehen, daß Polen, ungeachtet seines gegebenen politischen Bündnisses mit Frankreich in einer engen, unlöslichen wirtschaftlichen Solidarität mit Deutschland verbleibt. Daraus ergibt sich für Polen eine äußerst schwierige politische Lage, der es in allen seinen Auseinandersetzungen Rechnung zu tragen bemüht ist.

Im europäischen Osten wird jetzt ein recht kompliziertes Provokationspiel getrieben, dessen Ziel Polen ist. Clemente verschiedener Art wollen es um jeden Preis zu einem Krieg bringen, weil sie sich davon den Sieg ihrer Sache versprechen. Ein Artikel Miljkows in den „Poslednija Nowosti“ und die Moskauer Berichte von Gerzen Selds in der „Chicago Tribune“ werfen ziemlich helles Licht auf diese Bemühungen. Die Rente der russischen Monarchisten drängen Polen zum Kriege und wollen ihm zu Hilfe eilen, um die Sowjetherrschaft zu vernichten.

Dießem Spiel leisten jene Zeitungskorrespondenten und Politiker Vorschub, die ohne die Sachlage näher zu prüfen, ins Kriegschaufenster. Eine vernünftige Politik würde Polen nicht mit aller Macht in das Lager der Feinde treiben, sondern im Gegenteil seine Friedenskundgebungen dazu ausnutzen, um das nachbarliche Verhältnis immer besser zu gestalten. Niemand weiß, wie die Würfel fallen werden. Das benachbarte Polen aber ist heute ein Factor, der weder als Freund noch als Feind unterschätzt werden darf.

Lenin für politische Reformen.

Moskau, 19. Februar.

Zum bevorstehenden zwölften Kongreß der Kommunistischen Partei, der Ende März hier stattfindet, veröffentlicht Lenin in der „Iswestija“ einen bemerkenswerten Programmatikel, in dem er eine Neugestaltung des staatlichen Apparates verlangt, der mit Ausnahme des Kommissariates für Auswärtiges, sich den neuen Verhältnissen nicht angepaßt habe. Lenin will, daß das Zentralkomitee der Partei offiziell in eine Oberste Parteikonferenz umgewandelt wird, die alle zwei Monate tagen soll, während die laufenden Geschäfte in deren Namen von den einzelnen Büros erledigt werden. Lenin sagt am Schluß seines Artikels wörtlich: „In unserer Sowjetrepublik beruht die soziale Ordnung auf der Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern, zu denen jetzt unter gewissen Bedingungen auch die Bourgeoisie zugelassen ist. Eine Spaltung wäre unausbleiblich, wenn unter diesen Gruppen ernsthafte Gegensätze entstehen sollten. Die Hauptaufgabe des Zentralkomitees und unserer Partei als Gesamtpartei besteht darin, einer Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern vorzubeugen, denn leicht Endes wird das Schicksal unserer Republik davon abhängen, ob die Bauernschaft in ihrer Masse mit der Arbeiterklasse gehen wird, oder ob sie der neuen Bourgeoisie erlauben wird, einen Keil zwischen sie zu treiben. Wir müssen eine solche Spaltung zu verhindern suchen, die für die Sowjetrepublik verhängnisvoll sein würde.“

Faschistische Sozialgesetzgebung.

SBD. Von unserem ausländischen Korrespondenten wird uns geschrieben:

Auch dem Reformator Mussolini ist es noch nicht gelungen, aus dem Tohonoobohu der teils embryonalen, teils mehr oder minder provisorisch bestehenden italienischen Sozialgesetzgebung ein einheitliches Ganzes zu schaffen. Während die Arbeitslosen- und Unfallversicherung trotz verschiedener Hemmnisse eine Art von Existenz führen, ist die Krankenversicherung immer noch auf die neuen Provinzen beschränkt. Diese Erbteile Österreichs aber sind durch ihre sozialistischen Verwaltungsmittel den Faschisten ein Dorn im Auge. In Triest haben sie ihrer Antipathie in der üblichen Weise Ausdruck, bezeichnet die Ortskrankenkasse, lehnen die Verwaltung ab und veranlassen eine Untersuchung der Geschäftsführung. Als diese keines der gewünschten Verbrechen aufzuteilen, half man sich durch Einsetzung eines Regierungskommissars aus der politischen Situation. Dieser mußte natürlich einen Beweis seiner Existenz liefern und schlug eines der in Regie der Kasse geführten Krankenhäuser. Die faschistischen Korporationen, die natürlich in sozialer Fürsorge machen, erklärten neuerdings, daß das neue Wirtschaftsparlament, d. h. der durch Mussolini umgestaltete Arbeitsrat, nun in Kürze alle diese schwierigen Probleme lösen und damit den Parlamentarismus der politischen Parteien ab abschaffen würden. Die katholischen Verbände sind, obwohl ihre Gesinnungsfreunde mit in der Regierung sitzen, erheblich stärker und vertreten die Ansicht, die verschleierten Fürsorgezweige müßten ohne Zwang aufzubauen werden. Nächste Anweisung zur Ausführung dieses Rezips fehlen allerdings.

Kleine politische Nachrichten.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates setzte die Beratung des Gesetzentwurfs über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung fort. Entsprachend dem Regierungsentwurf wurde beschlossen, die Haushalte in den Kreis der Arbeitslosenversicherten einzubringen. Zu einer lebhaften Diskussion kam es bei Beratungen, der Frage der Unterstützungsberechtigung bei Arbeitslosigkeit als Folge eines Streiks. Die Arbeitgeber vertraten die Auffassung, daß nur solche Arbeitslosen, die infolge einer wirtschaftlichen Krise ihre Arbeit verloren haben, unterstützungsberechtigt sein können. Demgegenüber verlangten die Arbeitnehmer eine grundlegende Einbeziehung der mittelbar vom Streik Betroffenen in die Versicherung. Die Regierung erklärte, daß sie bereit sei, die mittelbar am Streik Beteiligten in der Versicherung teilweise zu berücksichtigen. Alle Untergänge, auch die Passiva der Regierungsvorlage, wurden gegen die Stimmen der Arbeitgeber abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz in erster Lesung mit den Stimmen der Arbeitnehmer bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder angenommen. In der zweiten Lesung wurde gegen die Stimmen der Arbeitgeber in der Frage der Versicherung der mittelbar vom Streik Betroffenen folgender Passus der Regierungsvorlage wiederhergestellt: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch inländischen Ausstand oder inländische Ausdehnung unmittelbar verursacht ist, haben für die Dauer des Ausstandes oder der Ausdehnung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.“

Derselbe Ausschuß lehnte mit den Stimmen der Arbeitnehmer einen Gesetzentwurf ab, der eine Beihilfe von bis zu drei Stunden an einem Sonntag in jedem Monat für die Angestellten im Handelsgewerbe vorsah.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. Februar.

Amiliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. Februar.	19. Februar.
Amsterdam	1 fl.	9102 18
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1236 90
Kristiania	1 Kr.	4814 18
Kopenhagen	1 Kr.	4488 87
Stockholm	1 Kr.	6184 50
Helsingfors	1 finn. Mk.	628 42
Rom	1 Lire	1122 18
London	1 £	10797 37
New York	1 Doll.	23191 87
Paris	1 Frs.	1406 47
Zürich	1 Frs.	4361 06
Madrid	1 Pesetas	5640 67
Wien	100 Kr.	88 41
Prag	1 Kr.	695 25
Budapest	1 Kr.	8 57
		7 33

Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

30. Fortsetzung.

19.

Cornelius arbeitete an seinem Ballon mit so viel Elfer, daß gegen Ende Juli die Hälfte seiner Leinwand gefränt war. Aber sein erstes Faz Dels war erjhöpt; als er das zweite in Gebrauch nehmen wollte, fand sich, daß eine nicht würdige Hand das Del verdorben hatte und daß es zu seinem Zweck mehr zu benutzen war. Diese Handlung unlauterer Bosheit hätte nur während der paar Tage verübt werden können, wo das Gerät des Cornelius bei Belle-Blante gelegen hatte. Wir können nicht sagen, daß dieser es war, der der Streit begangen hatte; erstens wissen wir nichts genaues, zweitens aber könnten Belle-Blantes Erben uns vor dem Strafgericht wegen des dem Ruf ihres Onkels zugefügten Schadens belangen und das Strafgericht ist nicht gestimmt, Personen anzuhören. Vergleichbar sagt ihr Ihr, daß der Ruf den ihr anzugreifen glaubt, schon etwas anstößig war; es ist, wie wenn ihr eine Scheibe zerbrochen, die schon einen Sprung hatte; wohl oder übel müßt ihr eine neue einsetzen lassen.“

Sicher ist, daß die Tonne Del, die im Augenblitze fehlte, wo sie notwendig war, für Cornelius einen unerträglichen Verlust darstellte. Seine letzten Hilfssquellen waren erschöpft und wenn die Tonne Firnis auch nur dreißig Sou gekost hätte, wäre es ihm unmöglich gewesen, sich eine andere zu verschaffen.

Unser Freund Cornelius versank in Bestürzung und ihr werdet zugeben, daß sie gerechtfertigt war. Wegen einiger fehlender Litter Firnis sollte er auf halbem Wege von der schönsten und fruchtbarsten Unternehmung abstehen, an die der Menschengeist sich gewagt hatte. Er sah den Ruhm, von dem er sonst geträumt hatte, entflattern wie einen Vogel im Augenblitze, wo man ihn ergriffen will. Von seinem Firnis kostet ihn das Faz fünfzig Frank und für ein Faz dieses Dels hätte er ohne Bedenken zehn der schönsten Jahre seines Lebens gegeben, wie unter gewissen Umständen eine Frau einen Diamanten für einen Rädchen geben würde.

Cornelius rauschte sich nicht die Haare wie ein klassischer Held; er schrie auch nicht mit erhobener Faust Verwünschungen und Flüche zum Himmel wie ein romantisches Held, denn ihr kommt mit glauben, daß Cornelius weder klassisch noch romantisches war. Aber er zertrümmerte sein Faz mit einem kräftigen Aufschlag und als Luise kam, fand sie ihn wie Marcus auf den Ruinen von Minervia: er lag auf einem Leinwandballen, stemmte die Ellbogen

auf die Knie, das Kinn auf die Hände und betrachtete mit starrer Blick eine Pfütze schwärzlichen Wassers, die sich zu seinen Füßen ausbreitete.

„Was ist dir, Cornelius?“

Cornelius schwieg.

„Antworte mir doch schnell, Cornelius, was ist dir?“

„Ha,“ rief Cornelius hervor, „ich habe kein Del mehr. Dieses Gemisch von Faz und Wasser ist alles, was Belle-Blante mir übrig gelassen hat.“

„Wer? Belle-Blante, dein Bruder? Dieser Mensch ist wahrselig zu allem fähig, man muß ihn dem Gerichte übergeben.“

„Wo dentst du hin, Luise? Ich sollte ein Juchtpolizeigericht vom Namen meines Vaters widerhallen lassen? Nein, Luise, hundertmal nein! Lieber will ich mein ganzes Leben hindurch arm und unbekannt bleiben.“

„Du hast ein edles Herz, Cornelius. Die edlen Herzen sind es, die das Schicksal immer angreift, als ob es einen würdigen Gegner suchte. Aber kann man dem Unglück nicht vielleicht abhelfen?“

„Nimmy mehr! Luise, denn man kann die Leinwand nur mit Firnis und durchdringlich machen.“

„Ja meine, Schatz, daß es vielleicht nicht möglich ist, dir ein anderes Faz Del zu beschaffen.“

„Und wie, Luise?“ rief Cornelius und spitzte die Ohren wie ein Schläfrich beim Schmettern der Trompete.

„Etwas Geduld, ich suche, ich weiß noch nicht...“

Und in der Tat war das arme Mädchen am Ende ihrer Hilfssquellen; sie hatte nacheinander all ihre Schmuckstücke verloren, um des Cornelius Lebensunterhalt zu bestreiten, ohne daß dieser es merkte.

„Vorwärts,“ fügte sie hinzu, „ gib mir deinen Arm, Schatz; wir wollen eine Promenade um unsere Wiege machen, die Bewegung wird uns Gedanken eingeben.“

„Recht so,“ verkündete Cornelius; „manche Schriftsteller können nur arbeiten, wenn sie isolieren gehen, und Jean Jacques Rousseau hat keine Ruhe.“

Cornelius erhob sich mechanisch wie eine Statue, die man mit Hilfe einer Waffe auf die Füße stellt. Er nahm Luises Arm und alle beide zogen schwungsvoll an den Weiden entlang, die Augen an den Boden geheftet, als wenn sie etwas im Grase verloren hätten.

Luisas nachdenklicher Blick fiel auf Blanche, Mutter Simones Kuh, die ohne an etwas Schlimmes zu denken in einer Ecke der Wiege graste.

„Ich hab' dein Del, Cornelius!“ rief sie und klatschte in die Hände.

„Mein Del? Wo?“ rief Cornelius, der wider seinen Willen über der Lösung einer geometrischen Aufgabe gebürtet hatte.

„Sieh,“ rief Luise, „da ist es! Blanche, die Kuh meiner Amme.“

„Du bist närrisch, Luise. Glaubst du denn, daß man die Leinwand für Luftballons mit Butter und Käse anstreichen kann?“

„Hole Mutter Simone herbei und beunruhige dich wegen alles übrigen nicht.“

Cornelius fehlte bald mit seiner ehrenwerten Mutter zurück.

„Amme,“ fragte Luise sie, „wie sieht Ihr mich?“

„Wie die Tochter, die ich verloren habe,“ sagte Mutter Simone.

„Also Ihr steht mich mehr als Blanche?“

„Wie können Sie nur so fragen, Fräulein?“

„Ihn gut, wenn ich mich in einer großen Verlegenheit befinden, wenn es sich um alle meine Hoffnungen auf Glück handelt; würdet Ihr wohl Blanche verkaufen, um mir aus der Not zu helfen?“

„Wenn es sein müßte!“ sagte Mutter Simone.

„Ja, es muß sein, Amme!“ rief Luise, ergüßt ihre Hände und bedachte sie mit Küsse. „Wenn es nicht unbedingt sein müßte, so fühlt du wohl, daß ich nicht die Grausamkeit hätte, dich deinem geliebten Kuh zu beraubten.“

„Liebes Kind, du bezahlst mir meine Kuh zehnmal mehr, als sie wert ist. Morgen werde ich sie zum Markt führen.“

„Und du wirst mir das Geld geben, nicht wahr, Amme?“

„Ich werde es dir geben, liebes Kind, aber erlaube mir wenigstens, dich zu küsself. Seitdem du ein großes Fräulein bist, wogte ich nicht mehr, es mit zu erlauben.“

Uhren, Goldwaren
An- und Verkauf

Reserviert für Goldschmied
Tollgreve
Königstraße.

A. N. Becker

Uhren u. Goldwaren
Holstenstraße 40.

★★★★ Brillanten ★★★★
★ Gold-, Silber-, Platin-, Drahler,
(Bruch und Gegenstände)
★ Uhren, Brunnstifte usw.
★ Kauf Händle
★ Carl Madsen, Goldschmied
Mühlenstraße 3, am Klingenberg.

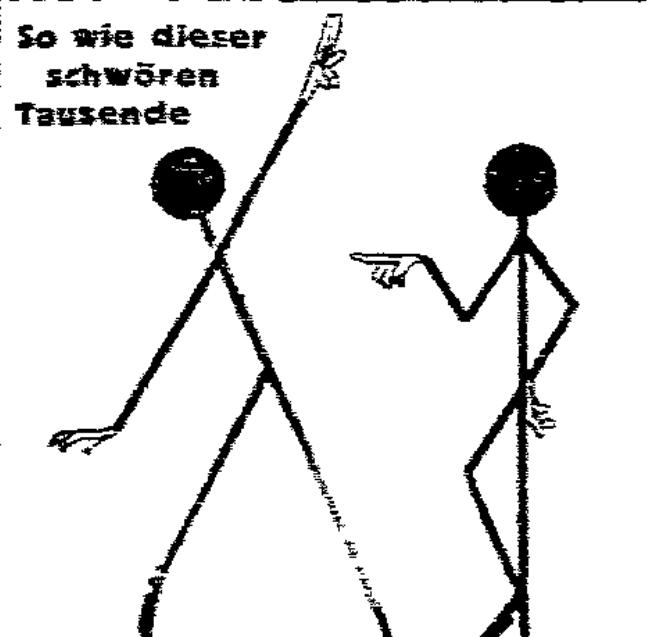
Reserviert für

M. Brennmann

**Gold-, Silber-,
Brillanten und Gebisse**

bezahlt zu realem Tagespreis

O. Grüneberg,
Geibelplatz, Ecke Gr. Burgr. 48.
Mitglied des Norddeutschen Verbandes der Juwelen- und
Edelmetallhändler E. V., Sitz Hamburg.



So wie dieser
schwören
Tausende
an die Maßnahmen der Leder- u. Gummi-
sehnen und Absätze von der
**Reform-Schuhwaren-
Reparatur und Stepperei**
Gesellschaft
50 HÜXSTRASSE 50
Robert Jeatzen.

**Gemeinnützige
Arbeitsgenossenschaft**
Lübeck

G. m. b. H. Tel. 8423.

Zweigbetrieb: Schmiede 100
Arbeitsschmiede für
Metallarbeiten, Eisenarbeiten,
Fertigung von Eisenarbeiten
und Eisenarbeiten.

Eigene Werkstätten für
Tischler, Maler, Klempner,
Installatoren und Dachdecker.

Reserviert für alle Arbeiter
und Arbeitnehmer, die
ihre Arbeitsergebnisse
mit Qualität ausgestattet.

Reserviert für alle Arbeitnehmer
und Arbeitnehmer, die
ihre Arbeitsergebnisse
mit Qualität ausgestattet.

Bureau:
Hengstraße 22.

Reserviert für
Otto Schäffer
Schmiedekunst- und Metall-

Fernsprecher 818 und 819

An der Untertrave 111/112

KOHLEN-KONTOR

G. m. b. H.
Kohlen + Koks + Briketts + Holz

WULLBRANDT & CO.

G. M. B. H.

★ Kohlen * Koks * Briketts ★

Hauptkontor: Schüsselbuden 16. * Annahmestelle: Rosengarten 10. * Fernsprecher: 3437/38.

Wer es noch nicht weiß,
der überzeugt sich selbst, daß meine Preise für
Gold-, Silber-, Platin-, Sachen,
Bruch, Gebisse, goldene
Uhren, Brillanten
v. keiner anderen Anlaufstelle überholbar sind.
D. Taschimowitz,
Pfaffenstraße 13, Flureingang.
Bitte auf Firma und Hausnummer achten!

**Gold-, Silber-,
Platin - Bruch**
kauft stets zum Dollarkurs
H. Kühn, Pfaffenstr. 18

W. Westfehling
82 Holstenstraße 32
auf Ankauf von Gold, Silber und Platin
zu den höchsten Tagespreisen.

E. M. Z. G. m. b. H.
Berlin Lübeck, Pfaffenstr. 2, Halle
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brillanten * Perlen

J. L. Würzburg
Wahlstraße 22a Fernsprecher 753
Fellgrosshandlung
Ankauf von Fellen und Tierhaaren.

Spanelli Die beste
Tafel-Schokolade

Kohle für Hausbrand,
Industrie
und Bunkerei



Maass & Elmenreich, Lübeck

Kontor: Breite Straße 83.
Lager: Falkenstr. b. Burgtor.
Fernspr. 8610, 8604, 8996.

Erschöpfliche Rundschau und Zeitung-Dauer-Fahrplan

In Lübeck ankommende und abgehende Züge:

Hamburg

Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg
ab	ab	ab	ab	ab	ab
5:55	7:25	5:55	7:05	7:15	8:25
7:25	7:00	8:45	6:45	8:35	9:15
7:55	9:25				
11:35	12:25	8:45 D 9:25			
12:35	2:25				
4:35	5:25	12:22	1:55		
7:22	9:00	5:15 W 6:45			
8:35 D 9:15	9:25	7:25			
9:35 S 10:45	10:25	9:35 W 10:25	5:45 W 7:05		
9:55	11:15	21:05 3:35	6:25 7:35	12:05	14:15
		11:25	1:25	5:35	7:05 D 8:15
				9:35	11:15
				7:15	9:15

Eutin

Lübeck	Eutin	Lübeck	Eutin	Lübeck	Eutin
ab	ab	ab	ab	ab	ab
5:55	7:15	5:55	7:05	7:15	8:25
7:25	7:00	8:45	6:45	8:35	9:15
7:55	9:25				
11:35	12:25	8:45 D 9:25			
12:35	2:25				
4:35	5:25	12:22	1:55		
7:22	9:00	5:15 W 6:45			
8:35 D 9:15	9:25	7:25			
9:35 S 10:45	10:25	9:35 W 10:25	5:45 W 7:05		
9:55	11:15	21:05 3:35	6:25 7:35	12:05	14:15
		11:25	1:25	5:35	7:05 D 8:15
				9:35	11:15

Büchen

Lübeck	Büchen	Lübeck	Büchen	Lübeck	Büchen
ab	ab	ab	ab	ab	ab
5:55	7:15	5:55	7:05	7:15	8:25
7:25	7:00	8:45	6:45	8:35	9:15
7:55	9:25				
11:35	12:25	8:45 D 9:25			
12:35	2:25				
4:35	5:25	12:22	1:55		
7:22	9:00	5:15 W 6:45			
8:35 D 9:15	9:25	7:25			
9:35 S 10:45	10:25	9:35 W 10:25	5:45 W 7:05		
9:55	11:15	21:05 3:35	6:25 7:35	12:05	14:15
		11:25	1:25	5:35	7:05 D 8:15
				9:35	11:15

Travemünde

Lübeck	Travemünde	Lübeck	Travemünde	Lübeck	Travemünde
ab	Travemünde an Strand an	ab	Travemünde an Strand an	ab	Travemünde an Strand an
5:22	W 6:01	5:22	W 6:01	5:22	W 6:01
6:15	9:00	6:15	9:00	6:15	9:00
7:15	11:45	7:15	11:45	7:15	11:45
8:35	1:00	8:35	1:00	8:35	1:00
9:35	2:07	9:35	2:07	9:35	2:07
10:35	2:47	10:35	2:47	10:35	2:47
11:35	3:15	11:35	3:15	11:35	3:15

Kleinen

Lübeck	Kleinen	Lübeck	Kleinen	Lübeck	Kleinen
ab	ab	ab	ab	ab	ab
5:55	7:15	5:55	7:05	7:15	8:25
7:25	7:00	8:45	6:45	9:35 D 10:25	8:25 D 9:25
8:35 D 9:15	9:25	9:35 W 10:25	5:45 W 7:05	9:35 D 10:25	8:25 D 9:25
9:35 S 10:45	10:25	21:05 3:35	6:25 7:35	9:35	4:15 5:00
9:55	11:15	11:25	1:25	9:35	8:30 9:10

R. Reserviert für HAGEN & CO.

Biehl & Sehling

Rohden-Werftung
Koks + Kohlen + Briketts

Fernruf: 1033, 8257, 494. Kontor: Mühlenstraße 48.

Reserviert für
H. Medemburg & Co.
Papiergroßhandlung

Erich Schauer, Emaillehaus
Königstraße 45.

Elektro-Fabrik
Hütstraße 47 Lübeck Betriebsröße 21
Fabrikation und Großhandel
in Elektrotechnik.

Reserviert für **W. BRANDT**
Plan- u. Flaggenfabrik. Fernruf 309.

Automobil 8

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 21. Februar.

Achtung, Betriebsräte!

Der Wahlvorstand für die Neuwahl der Betriebsräte ist bis zum 23. Februar zu wählen. Nur noch wenige Tage Frist sind also gegeben. Betriebsräte, laßt diese Zeit nicht nutzlos verstreichen!

Die Betriebsrätezentrale.

Die Abstimmung auf den Geschäftswerften.

Die Abstimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den zur Norddeutschen Gruppe (Abt. Geschäftswerften) gehörigen Betrieben über den Vorstand der Unparteiischen, die Zusammensetzung um 10% Prozent zu erhöhen, hatte folgendes Ergebnis: Bremen mit ja 1617, mit nein 2934, Bremerhaven mit ja 3720, nein 1447, Ginswarden ja 359, nein 108, Hirschburg mit ja 395, nein 625, Hamburg ja 1422, nein 3057, Kiel ja 1731, nein 4556, Lübeck ja 237, nein 1548, Oldenburg ja 33, nein 127, Rostock ja 518, nein 374, Stettin ja 554, nein 4038, Niedersachsen ja 110, nein 192, Tönning ja 66, nein 170, Wedel ja 396, nein 1282. Gewerkschaften H.-D. ja 1412, nein 1807. Insgesamt mit ja 12 560, mit nein 21 700. Dreinert-Mehrkheit für Ablehnung des Vorschlags ist demnach nicht erreicht, er gilt somit als angenommen. Die Arbeitgeber haben ihn ebenfalls angenommen.

Zum Streik auf dem Hochseewerk!

Wie aus den Notizen der bürgerlichen Blätter hervorgeht, steht in der Öffentlichkeit die Meinung zu bestehen, als ob der Streik auf dem Hochseewerk hauptsächlich deswegen geführt wird, um die Löne für die zweite Februarhälfte festzustellen; dies ist nicht der Fall. Der Kampf geht vielmehr um die Festsetzung eines Tarifvertrages entsprechend dem Dienstes für die erste Februarhälfte. Als seinerzeit die Verhandlungskommission mit der Direktion zusammenrat, um die Tarifregulierung vom 1. bis 15. Februar vorzunehmen, kam sie an der Hand der Erbzahl zu einer Forderung von 850 M. pro Stunde für den Wachdienst, die Sozialzulage sollte hierbei unberücksichtigt bleiben. Die Firma glaubte diesen Verlangen nicht entsprechen zu können und machte ein Angebot von 750 M. pro Stunde, welches sie auf Drängen der Verhandlungskommission auf 765 M. erhöhte, die Sozialzulage, die bisher 6 M. betrug, wurde auf 25 M. erhöht, jedoch also, wenn man mit Frau und 1½ Kind rechnet, insgesamt 827,50 M. pro Stunde heraufgesteckt. Es blieb also eine Spannung zwischen dem Angebot und der Forderung von 850 M. Die Belegschaft lehnte dieses Angebot ab. Es wurde der Schlichtungsausschuss angerufen, welcher am 12. Februar das Angebot als ausreichend befürchtete. Es beschloß sich also lediglich als Erziehungsinstitut, nicht aber als eine Schlichtungsstelle, die die Grenzen zwischen den Parteien überbrücken soll. Die Belegschaft empfand diesen Spruch des Schlichtungsausschusses direkt als einen Schlag ins Gesicht und lehnte ihn daher mit überwältigender Mehrheit ab. Die Verhandlungen, die hierauf vom Demobilisierungskommissar einzuleiten wurden, mukten selbstverständlich darum abzugehen, neben der Regulierung für die erste Hälfte des Februar gleichzeitig auch die Löne für die zweite Hälfte festzustellen. Die Direktion war bedauerlicherweise nicht dazu bereit, über den Spruch des Schlichtungsausschusses hinauszugehen. Sie machte daher den Vorschlag, die Löne für die zweite Hälfte des Februar mit 1200 M. pro Stunde festzustellen. Um aber einem Tarifvertrag für die erste Hälfte zu schaffen, sollte der Löhn von 1200 M. auf 1350 M. erhöht werden, die Sozialzulage soll 10 M. für die Frau und jedes Kind pro Stunde betragen. Das mit diesem Angebot die Zeuerung nicht abzulehnen ist, steht zweifelsfrei fest. Bedauerlich ist es aber, daß die Forderung des Hochseewerks nicht darum bereit war. Zuständigkeit für die erste Hälfte des Monats Februar zu machen, nur um den Schein zu wahren, als wenn sie Gerechtigkeit schließen wäre. Ein soher Standpunkt möchte noch gelten, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der für die Öffentlichkeit keine große Bedeutung hätte, hier aber wird die gesamte Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen und das in einer Zeit, wo alles nach der Einheitsfront schreit. Da hätte man sicher mehr Verständnis erwarten sollen als es hier der Fall ist. Gestehst man wieder nach einer Verstärkung der technischen Notizilfe, um wenigstens die notwendigste Verpflichtung der Bevölkerung mit Gas zu erzielen. Zweifels entstehen dem Werk dadurch weit größere Untaten, als wenn es die gewünschten Forderungen der Arbeiter bewilligt hätte. Wir können bestimmt, daß das Polizeiamt seine Zustimmung zu einer stärkeren Einschaltung der technischen Notizilfe versiegeln wird. Ebenso erwarten wir von der Beamtenchaft des Hochseewerks, daß sie es ablehnt, Notizilfearbeiten in müderem Umfang wie bisher zu leisten. Will die Direktion den Frieden so fann sie ihn jeden Tag haben, sie braucht nur den Willen zu zeigen, sich auf einer vernünftigen Grundlage zu einigen, dann ist der Kampf sofort beendet. Niemand hierzu nicht bereit, so wird der Kampf fortgesetzt. Die Belegschaft ist nicht bereit, sich einfach den Willen der Direktion aufzwingen zu lassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

V. Löwigeit.

Bürgerschaftsvorlagen.

Unterstützung notleidender Stiftungen. Die Notlage der Stiftungen, welche Gebäude und Infrastruktur unterhalten haben, hat bereits zugenommen, daß weitere Maßnahmen des Staates dringend erforderlich sind. Während die Ausgaben der Stiftungen für Abgaben, Gebäudenunterhaltung u.ä. ständig steigen, haben diese keine Möglichkeit, die Einnahmen, die sich aus Zinsen und Renten zusammensetzen, auch nur nennenswert zu erhöhen. Die Einkünfte eines Jahres reichen nicht einmal zur Bezahlung der Abgaben für Beleuchtung, Wasser, Feuerwehrdienst u.ä. für einen Monat. Für die Unterhaltung der Gebäude und für Zuwendungen an die Infrastruktur stehen also überhaupt keine Mittel zur Verfügung. Mehrere Stiftungen haben die Stiftungsbehörde bitten lassen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Verwaltung fortzuführen und beantragen Übernahme in die Verwaltung der Stiftungsbehörde. Zur Prüfung der Verhältnisse hat die Stiftungsbehörde eine Kommission eingesetzt. Sie ist mit dieser der Ansicht, daß eine Übernahme auch nur der bedingtsten Stiftungen in die Verwaltung der Stiftungsbehörde oder des Wirtschaftsministeriums, solange irgend möglich, zu verhindern sei, obgleich dieser Gedanke nahe liegt, weil die größte Zahl der Infrastrukturen durch die Behörden bereits unterstützt werden. Eine solche Maßnahme würde aber sicher alsbald zur Übernahme fast aller Infrastrukturen auf den Staat und zum Verlust der sehr wertvollen ehrenamtlichen Tätigkeit der Vorsteher führen. Dem Staat würden beträchtliche Verwaltungskosten entstehen und es würde das Interesse der Bevölkerung und der Kreisbeamten an den Infrastrukturen

zurückgehen. Beispielsweise könnte eine weitere Unterstützung aus der Postseil-Stiftung in Frage gestellt werden, da nach deren Satzung Einrichtungen nicht bedacht werden dürfen, die der Staat zu unterhalten verpflichtet ist. Im Einverständnis mit der Kommission hat die Stiftungsbehörde u. a. beantragt, ihr zur Bereitstellung der augenblicklich vorliegenden unbezahlten Rechnungen von Stiftungen über öffentliche Abgaben, zur Tilgung der bei Banken aufgenommenen Vorstände und zur Erfüllung der durch verschiedene Vorsteher aus Privatmitteln hergegebenen Vorleihen den Betrag von 1000 000 M. unverzüglich zur Verfügung zu stellen. Der Senat stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, hat aber in Abrechnung der Dringlichkeit das Finanzamt angewiesen, die Summe auszuzeichnen.

Instandsetzung der ehemaligen Kleinkinderschulen. Durch Rat- und Bürgerschluß vom 8. v. M. ist die Finanzbehörde ermächtigt worden, von der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit die Grundstücke der ehemaligen Kleinkinderschulen Marienstraße 22, Gladengäßchenstraße 18, Herkingstraße 25 bis 29, Kreuzweg 9 und Hartenstraße 23 häufig zu erwerben. Die Grundstücke sind zwar noch nicht endgültig in das Eigentum des Staates übergegangen, doch hält der Senat es für zweckmäßig, daß die Unterhaltung der auf den Grundstücken vorhandenen Gebäude schon jetzt auf den Staat übergeht, zumindest nach einer Mitteilung des Jugendamtes, dem die Verwaltung und der Betrieb der in den ehemaligen Kleinkinderschulen eingerichteten Tagesheime, Kindergarten und Krippen unterstellt, eine halbige Existenz der Gebäude dringend erforderlich ist. Nach dem von der Baubehörde einzuholenden Kostenantrag würden für die allererstnotwendigsten Instandsetzungsarbeiten unter Berücksichtigung den am 31. Januar 1923 gültigen Arbeitsstunden und Baustoffpreise 1 200 000 M. aufzuwenden sein. Im Hinblick darauf, daß mit einer weiteren Preissteigerung zu rechnen ist, empfiehlt die Baubehörde jedoch, für die Instandsetzungsarbeiten 1 750 000 M. bereitzustellen. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft einen diesbezüglichen Antrag.

Film, Geschäft und Patriotismus.

Mit scharem Griff waren gerillte Geschäftsmacher nach jeder Gelegenheit, die Kasse zu füllen. Aus dem Unheimlichen wird eine Sensation zu rechtzeitig und mundgerecht gemacht. Die Filmindustrie versteht es besonders, schillernde Instinkte oder wilde Triebe für ihre Zwecke auszunutzen. Fahrzeuge lernerte sie die größten Boten und schrecklichsten Verbrechergeschichten und trug dazu bei, den Volksterror bei Schwäblingen zu verbreiten. Erst allmählich kam teilweise ein normalerer und menschlicherer Ton dazwischen. Die sozialdemokratische Presse trug den Hauptkampf im Kampf um die Reform. Die Vorführungen von Naturtheatern, Städte- und Landeskunstbühnen, Blick in die Welt und enzere Heimat wie in das Wirtschaftsnetz oder in das Leben der Weltstadt sind erst reueren Datums. Es ist natürlich nicht Selbstredend, was die Filmindustrie bietet, sondern in einer kleinen Geschäft, wo bei das Prinzip der Wahrhaftigkeit als Nebenstück behandelt wird. Was die Filmregisseure an Wirkung nicht bräuchten genau ausspielen, das beforgen gedankene Fiktionsfilmsteller — und iontige Hinternwälzer. Wir erinnern nur an den Fredericus-Krieg-Film. Nun ist mir dabei, eine ganz einfache Selbstverständlichkeit zu einem unglaublichen Filmzug zu stimmen. Der Krieg im Film hilft Gesetzen bieten, einmal rationalistische Instinkte zu weden und zum anderen ein Klassischkeitsideal zu werken. Dass der Film an und für sich nichts Besonderes ist, haben wir bereits in unserer Montagausgabe erkannt. Er steht hier an Bedeutung weit hinter dem, in einem anderen kleinen Kino gespielten ersten Film über die Kriegserinnerung zurück. Nicht eigentlich berügt deshalb die besondere Propaganda in den Schulen für diesen Krieg-Film. Berlin's Lehrer, hauptsächlich in der Gewerbeschule, machen hierfür besondere Reklame. Uns sind von Eltern der Schüler mehrere Reaktionen zugestellt, daß man die Schüler direkt zu dem Besuch zwinge. Die Lehrerinnen werden gewiss traurig genug enttäuscht, und da wollen sie noch 250 M. dafür hinzuzahlen, daß sie „Deutschland über alles“ singen dürfen! Drei. Gelb können noch lange nicht alle Eltern entbehren. In einer Klasse wurde gesagt, wenn sich auch nur einer ausdrücklich, unterblende der Peinig. Ein solcher Swana ist einfach unerträglich und hat auf alle Fälle zu unterbleiben. Wir den Eltern für den Eltern für vollkommen gerechtfertigt. Außer am Geburtstag feiert der normale Mensch durch diesen Rhein-Film zwar kleine Freuden, wenn auch einige Leute plaudern, dadurch jugendliche Seelen für durchsichtige Zwecke mißbrauchen zu können.

Drohender Streik der Angestellten in den Apotheken. Trotz der wirtschaftlichen Lage hab' ich die Apotheker sich entlastet, einem wesentlichen Teil ihres Parlaments zum 31. März zu kündigen. Die geplagten Verhandlungen über Zurücknahme der Kündigungen sind infolge des harrmäßigen Standpunktes der Apotheker gelöscht. Die Angestellten haben deshalb beschlossen, ab 22. Februar die Arbeit zu verweigern.

Eine öffentliche Volksversammlung wurde am Dienstag im Gewerkschaftshaus abgehalten. Angeblich vom Gewerkschaftsleiter, in Wirklichkeit aber von dem Kommunisten dahinter. Das Thema lautete: Arbeit in Lübeck, wann werden ihr einverbautes sein? Es wurde verurteilt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie und Senator Bromme nicht kommen seien. Der Kommunistenführer Röß lagte die Arbeiter bekümmeren sich nicht um die Gewerkschaften, obwohl sie ebenfalls bald dieses Schicksal erleben. Heute ergibt es dem deutschen Arbeiter schlechter als dem chinesischen Kult. Weiter wurden die Zustände im Arbeitsamt verurteilt. Dr. Link versucht von Arbeiterfragen nichts und die Frau Schröder müsse entfernt werden. Senat und Bürgerschaft wurden zugunsten der Arbeitslosen nichts unternehmen. Sie hätten die Forderungen der Arbeitslosen zu erfüllen, ohne Rücksicht auf die rechtsgerichtlichen Vorschriften. An der Diskussion forderte Genosse Ahrens den Bau von Wohnungen vor dem Bau des Schwimmhallenbades, den die Gewerkschaften münsten. Er stellte die Behauptung auf, daß in den letzten 4 Wochen 60 000 Menschen in Lübeck ins Ausland verschoben worden seien. Auf eine Beschwerde an den Senat habe er keine Antwort bekommen. In einer Entschließung wurden die Forderungen der Gewerkschaften einstimmig und mit Besatz angenommen. Die Versammlung war von etwa 1500 Personen besucht.

Feinde der Volksbildung. Viele Jahre wurde vergebens darum gestritten, den entlassenen Volksschülern und -schülerinnen eine Weiterbildung zu verschaffen. Lübeck kannte reichlich Platz damit. Die rücksichtlich gekauften Gewalten und viele aus den bürgerlichen Kreisen waren für eine planmäßige Fortbildung nicht zu haben. Sie sind auch heute noch der grundverschieden Achtung, daß der dümmste Arbeiter der zurücksteht. Selbst die Leute aus Handwerk und Gewerbe, deren Nachwuchs eine gewisse Intelligenz vorweist, standen dem Fortbildungs- und Gewerbeschulzwang nur ironisch freundlich gegenüber, als dieser außerhalb der Arbeitsstunden lag. Auch hier kostete es unendlich Mühe, um die Schulzeit in die Tagesstunden zu verlegen. Bis in die jüngste Zeit hinein mußten die LehrerInnen ihre eigene Fortbildung

in den Abendstunden nachholen. Und selbst hier gab es kleinsten Meisterelemente, die häufig wurden, wenn sie die jungen Leute nicht zu billigen Überstunden heranziehen konnten. Nun haben wir endlich auch die Fortbildungsschule für alle Volksschüler. Und was erleben wir da? Es gibt jetzt wie ehedem Unternehmer, die die Einstellung junger Leute ablehnen oder sie gar entlassen, wenn sie Fortbildungspflichtig sind. Uns wurden in der letzten Zeit mehrfach Klagen dieser Art vorgetragen. Sogar ein industrielles Werk entlich ein Mädchen als es durch die Polizei zum Schulbesuch von der Arbeit geholt wurde. Der Profit könnte ja geschmälert werden. Derartige Maßregeln sind heutzutage unverwerflicher, weil die Eltern auf den Verdienst der heranwachsenden Kinder angewiesen sind. Etwas mehr soziale Einstellung könnten man schon erwarten.

Aus der Gehaltsbewegung der kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel. Die zwischen dem Verband Lübecker Kleinhändlers-Vereine und dem Kontumverein sowie den Angestelltenverbänden stattgefundenen Verhandlungen haben zum Abschluß eines Tarifvertrages, der die Gehälter der Angestellten für Februar regelt, geführt. Nähere Auskunft über die Höhe der verhandelten Gehaltszölle ertheilen die Angestelltenverbände.

Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Der am 22. Januar 1923 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag für den Kleinhandel ist am 23. Dezember 1922 abgeschlossene Nachtrag zum Großhändlerstatistis, der die Gehälter der Angestellten für Februar regelt, geführt. Nähere Auskunft über die Höhe der verhandelten Gehaltszölle ertheilen die Angestelltenverbände.

Von der Zuckerperteilung. Vom Landesverordnungsamt wird uns geschrieben: Aus Handelskreisen ist mitgeteilt, daß der jetzt auf Wohlstand V freigewordene Zucker sehr langsam abgenommen wird. Der Verkörperung wird empfohlen, diesen Zucker möglichst umgehend zuverlässig abzunehmen, so daß Markt bereits in den nächsten Tagen versiegeln und der Februarzucker voraussichtlich erheblich teurer sein wird. — Die Geschichte ist leicht erkläbar: Der Zucker ist zu teuer und kann von vielen einfach nicht bezahlt werden. Eine weitere Preissteigerung ist unverträglich.

Wann kommt das Gas? Die Freiaabre des Gases beschränkt sich auf folgende Stunden: morgens von 7—8 Uhr, mittags von 11—1 Uhr nicht, wie in der uns zugeteilten Notiz mitgeteilt, von 12—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr.

Hinweise auf Verhandlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 6 Uhr: Sitzung im Rathaus.

Sozialdem. Verein, 8., 9. und 10. Februar. Donnerstag, abends 7½ Uhr in der Marquardschule: Vortrag des Gen. B. Böttger. Die Frauen unserer Genossen sind hierzu lässig eingeladen. Stadttheater. Donnerstag wird „Martha“ wiederholt. Freitag zum ersten Male: „Der Wildschütz“ von Korzina. Sonnabend für die Volksbühne: „Kater Lampe“. Sonntag abend: „Meistersinger“.

Hanja-Theater. Heute, Mittwoch, gelangt zum ersten Male die Operette „Die Mädel von Davos“ von Martin Knopf zur Aufführung.

Lübecker Mandolinenclub von 1911. Im Sonntag, dem 25. Februar veranstaltet dieser Orchester im Gewerkschaftshaus sein diesjähriges viertes Konzert, das unter der Leitung seines Dirigenten H. Rehberg trefflich vorbereitet ist und für die Zuhörer reizvoll zu werden verspricht. Die Klangfülle und Tonschönheit der Instrumente ist hervorragend.

Großesmühlen. Spurung aus einem D-Zug. Ein aufzegender Zug eigne sich am Montag nachmittag kurz vor der Station Großesmühlen, in dem Hamburger D-Zug. Als ein etwa achtzehnjähriges Mädchen erhält, daß der Zug auf der Station nicht hält, sich die junge Dame mit den Worten: „Ich muß hier heraus“ die Tasche auf, warf ihren Handkoffer hinaus und sprang sofort nach, bevor die entflohenen Mitteilenden sie von ihrem Vorhaben abhalten konnten. Die Polizei wurde gejagt und der Zug zum Halten gebracht. Nach etwa halbstündigem Suchen fand man das Mädchen in der Nähe eines Wittenhäuschens schwerverletzt liegend auf und sorgte für seine Überführung in ein Krankenhaus.

Boizenburg (Elbe). Auf dem Eis erstarrt aufgefunden wurde der jugendliche Zimmerer Simon aus Bahldorf. Da sein Fahrrad beschädigt in unmittelbarer Nähe lag, ist er wahrscheinlich verunglücht und die Chausseeböschung hinunter auf das Eis gefallen. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb er.

Bremen. Die ersten Ruhrkinder sind Freitag in Bremen eingetroffen. Weitere Züge werden folgen. In ganzen Sälen gegen 7000 Kinder in Bremen untergebracht werden.

Theater und Musik.

Günstiges Sinfoniekonzert.

Als Beethoven am 8. und 12. Dezember 1813 in Wien die A-Dur-Sinfonie „zum Besten der in der Schlacht bei Hanau insvalide gewordenen österreichischen und bayrischen Krieger“公演した。これはビエジルの戦いを記念するためのもので、その曲は、彼の死後も長く人気があり、今日でも世界中のオーケストラで演奏されています。この曲は、その音楽性と表現力が高く評価され、多くの人々に愛されています。また、この曲は、ビエジルの戦いでの犠牲者たちへの敬意を表すものとして、多くの人々に親しまれています。この曲は、その音楽性と表現力が高く評価され、多くの人々に愛されています。また、この曲は、ビエジルの戦いでの犠牲者たちへの敬意を表すものとして、多くの人々に親しまれています。

